

**An den Ministerpräsidenten des
Landes Baden-Württemberg
Herrn Winfried Kretschmann MdL**

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Prof. Dr. Claudia Vorst
Landesvorsitzende

Schwarzwaldstr. 44
73527 Schwäbisch Gmünd
Tel. 07171 – 999 51 69
claudia.vorst@ph-gmuend.de

Schwäbisch Gmünd, 16. Dezember 2016

Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg:

Ministerin Eisenmann stellt die pädagogische Verantwortung und die Methodenfreiheit von Lehrerinnen und Lehrern in Frage

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Kretschmann,

zunächst möchten wir als Grundschulverband Baden-Württemberg die gute Entwicklung der letzten Legislaturperiode betonen, die Wertschätzung, die allen Schularten entgegengebracht wurde, und den Mut zu Veränderungen. Die Verlässlichkeit der Politik gerade im Bildungssektor und die Fortsetzung beschlossener Verordnungen sind bedeutsam für die Qualitätsentwicklung unseres Landes.

Mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie als Ministerpräsidenten, weil wir durch einige Aktivitäten der Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann die bildungspolitischen Erfolge und die zukunftsweisende Weiterentwicklung von Baden-Württemberg als gefährdet ansehen.

Zunächst möchten wir betonen, dass wir auf unserem Grundschultag in Stuttgart Mitte Oktober bereits den Dialog mit der Kultusministerin gesucht haben, die aber wenig offen reagiert und sich auch in der Folge bei weiteren öffentlichen Terminen wie beispielsweise der Bildungskonferenz Ostalb als wenig zugänglich für innovative Themen gezeigt hat.

Konkreter Anlass ist nun ein Brief von Frau Dr. Eisenmann, der Anfang Dezember an alle Grundschulen gegangen ist, über dessen Inhalt wir erstaunt und irritiert sind. Die darin angesprochenen Punkte und auch Äußerungen der Ministerin diesbezüglich in der Öffentlichkeit und in der Presse verursachen große Unruhe in den Kollegien und Seminaren, die sich hilfeschend an uns gewandt haben, und Verärgerung auch in den Schulämtern, die nicht vorab informiert worden waren.

Im Brief spricht die Ministerin davon, dass „richtiges Schreiben“ eine „Schlüsselkompetenz“ sei, die „wieder [!] gestärkt werden“ müsse. Dies legt den Umkehrschluss nahe, dass den Grundschullehrkräften unterstellt wird, die Entwicklung dieser Kompetenz vernachlässigt zu haben. **Die uns vorliegenden empirischen Untersuchungen zeigen, dass die Rechtschreibleistungen seit 2000 in der Sekundarstufe gleich geblieben, in der Grundschule sogar besser geworden sind.**

Die Ministerin stellt Unterrichtskonzepte, die von Anlauten ausgehen, ins Abseits. Diese würden häufig zu einem unangemessen langen Verharren der Schülerinnen und Schüler in der Phase des alphabetischen Schreibens führen und somit einem frühen systematischen Rechtschreibunterricht eher entgegenwirken.

Diese wissenschaftlich und didaktisch haltlose Aussage, die so tut, als gäbe es nur die erste Stufe des Schriftspracherwerbs, nicht aber die nachfolgenden orthographischen und morphematischen Strategien, bei deren Erwerb die Kinder in der Grundschule selbstverständlich differenziert unterstützt und angeleitet werden, ist nur befremdlich. Dabei hat sich die Ministerin in der Öffentlichkeit immer wieder dahingehend geäußert, den von der grün-roten Vorgängerregierung erarbeiteten Bildungsplan, der explizit die Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Modelle beim Erwerb der Schriftsprache und der Rechtschreibung verlangt, umsetzen zu wollen.

Unter baden-württembergischer Ägide wurden ferner die – bundesweit verabschiedeten! – Empfehlungen der KMK zur Arbeit in der Grundschule von 2015 erarbeitet, auf die das Land und das Kultusministerium zu Recht stolz sein können. In ihnen heißt es, kindgerecht wie auch wissenschaftlich fundiert:

*„Beim Schriftspracherwerb ist das lautorientierte Schreiben **ein Entwicklungsschritt auf dem Weg zum normgerechten Schreiben. Das Kind wird ausgehend von seinen lautorientierten Verschriftungen von Anfang an [!] systematisch an das orthografisch korrekte Schreiben herangeführt. Orientiert an fundierten Modellen der Fachwissenschaft und Fachdidaktik unterstützt der Unterricht diese individuellen Entwicklungen. [...]**“¹*

Mit ihrem Schreiben, das die Leistungen der baden-württembergischen Bildungspolitik der letzten Jahre negiert wie auch den Grundschulen schlechte Leistungen unterstellt, bringt Frau Dr. Eisenmann die Schulen, die Seminare für Didaktik und Lehrerbildung und die Weiterbildungsinstitutionen in eine außerordentlich schwierige Lage. Denn der rechtlich bindende Bildungsplan trägt ihnen auf, aktuelle empirische Erkenntnisse aus

¹ Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.) 2015, S. 13

der Lernforschung, der (Neuro-) Linguistik und der wissenschaftlichen Sprachdidaktik in ihren Unterricht einzubeziehen. Das Schreiben der Ministerin hingegen verlangt von ihnen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu vergessen und dem Bauchgefühl oder dem veralteten Kenntnisstand ihrer Ministerin zu folgen, die dem seit den 1980er Jahren widerlegten Fehlervermeidungsprinzip anhängt. Denn wir wissen längst, dass unser Gehirn völlig anders funktioniert, sehr viel beweglicher ist, dass sog. „Fehler“ sich nicht unverzüglich einbrennen und dass Gelerntes viel nachhaltiger wirkt, wenn es in aktiver Auseinandersetzung mit den Gegenständen passiert.

Nach derselben Logik müsste sie einem Kind, welches das Laufen erlernt, das Krabbeln verbieten, beim Spracherwerb auf korrekter Artikulation von Anfang an bestehen oder Milchzähne als ineffektive Mittel zum Kauen gesetzlich untersagen. Kurz: Beim lautierenden Schreiben handelt es sich um einen notwendigen Entwicklungsschritt, der unterrichtlich zeitweilig unterstützt werden muss, und keinesfalls um eine Methode, die bis ins weit fortgeschrittene Grundschulalter hinein perpetuiert wird.

Unsere nachfolgend geäußerten Fragen sind sehr ernst gemeint:

- Dürfen die Grundschülerinnen und Grundschüler so lange keine eigenen Texte mehr schreiben, bis sie die Orthografie beherrschen? Dies wäre nicht vor Klasse 9, denn laut den Bildungsplänen (die hier wiederum der Forschung folgen!) ist dann erst das Erlernen der Rechtschreibung abgeschlossen.
- Wie sollen Kinder Fehlertoleranz entwickeln, wenn sie nicht (mehr) über Schreibweisen nachdenken dürfen, sondern nur noch korrekte Schreibweisen einüben?
- Kann es sich ein Land wie Baden-Württemberg leisten, sich bundesweit lächerlich zu machen, indem wichtige – und zum Teil jahrzehntealte – Forschungsergebnisse schlichtweg ignoriert werden?

Den *Grundschulverband* haben in den letzten Tagen zahlreiche entsetzte E-Mails und Anrufe von Schulen aus dem ganzen Land erreicht. Sie sehen sich unter den Generalverdacht gestellt, ihren fachdidaktischen Auftrag im Fach Deutsch nicht ernst zu nehmen. Der Rechtfertigungsdruck der Schulen, die nicht von Anfang an jedem Kind in jedem Fach jeden Fehler rot anstreichen wollen, sowohl vor den Eltern als auch in einer zunehmend populistisch geprägten Öffentlichkeit, wird enorm.

Ist dies ein zeitgemäßer Unterricht? Entspricht diese Vorgehensweise dem Koalitionsvertrag? Warum lässt die Ministerin sich von Populisten wie der AfD im Landtag vor sich hertreiben, anstatt die Schulen durch Fortbildungen zu unterstützen?

Dass uns jetzt noch die eigene Ministerin unprofessionelle Arbeit unterstellt und uns umgekehrt eine stammtischreife, populistische Lösung ans Herz legt nach dem Motto „Wir achten einfach jetzt mal wieder auf richtiges Schreiben“, ist empörend.

Lieber Herr Ministerpräsident, wir richten uns mit unserer Sorge um die 2.500 Grundschulen mit Kindern, Lehrkräften, Eltern und Großeltern nun an Sie. Ziel der Landes-



Grundschulverband

Landesgruppe Baden-Württemberg
www.gsv-bw.de

regierung muss es sein, die Grundhaltung des Koalitionsvertrages zu vertreten, um eine gute Arbeit an den Schulen zu ermöglichen. Die Haltung der Kultusministerin ist wegweisend für die Arbeit an den Schulen, und wir erwarten von ihr mindestens dieselbe Professionalität, die der Bildungsplan den Lehrkräften abverlangt. **Wenn sich Baden-Württemberg in Schulleistungsstudien im Vergleich zu den anderen Bundesländern signifikant in den Bereichen *Lesen* und *Zuhören* verschlechtert, nicht aber im Bereich der Rechtschreibung, verlangen wir entsprechende Fortbildungen in genau diesen Bereichen: Lesen und Zuhören. Wenn sich Baden-Württembergs Achtklässler der *Sekundarstufe* im Lesen und Zuhören verschlechtern, erwarten wir, dass die Kultusministerin nicht Schelte und empirisch haltlosen Unfug an die Lehrerinnen und Lehrer in der *Grundschule* austeilt.**

Länder, die sich laut Schulleistungsstudien verbessert haben, investieren in Unterricht, in Fortbildung und in ihre Lehrkräfte. Unserer Meinung nach besteht hier für Baden-Württemberg dringend Handlungsbedarf. Wir brauchen Fortbildungen und kompetente Prozessbegleitung für die Schulen vor Ort für die Qualitätsentwicklung von innen.

Lieber Herr Ministerpräsident, wir bitten Sie, die Haltung der Kultusministerin mit Blick auf den Koalitionsvertrag kritisch in den Blick zu nehmen und das Wohl der zahlreichen Kinder und Lehrkräfte zu bedenken. Die langfristigen Folgen durch ihre zahlreichen – nur scheinbar unbedachten – Äußerungen sind nicht absehbar. Gerne stehen wir auch für einen sachlichen Austausch und ein Fachgespräch zur Verfügung; im Kultusministerium selbst sehen wir – derzeit – keine Perspektive für einen fruchtbaren Dialog.

Wir wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein friedvolles, erfreuliches neues Jahr 2017.

Für den Grundschulverband Baden-Württemberg:

Prof. Dr. Claudia Vorst
Landesvorsitzende GSV Baden-Württemberg